

Polnisches Höchstgericht trotz der Regierung im Kampf gegen die Justiz (*machine translation*)

Der Kampf gegen die polnische Justiz wurde verstärkt, als der Oberste Gerichtshof entschied, ein Gesetz auszusetzen, das zwei Fünftel seiner Jussinns außer Acht lässt, und das obere Gericht der Europäischen Union um Entscheidung zu ersuchen, ob die Maßnahme den Regeln der EU entspricht.

Die Entscheidung eines siebenköpfigen Gremiums des Obersten Gerichtshofs eskalierte die Bemühungen um die Kontrolle der Justiz in dem ehemaligen kommunistischen Land von 38 Millionen Menschen, in dem die Rechtsprechung des Rechtsstaates & „Justiz“ mit der EU verzahnt ist, indem sie sich durch die Durchführung von einschneidenden Maßnahmen verstärkt, die den Politikern eine stärkere Kontrolle über die Gerichte geben. Sie hat auch Auswirkungen auf andere Länder des 28-Mitgliedern des Handelsblocks, die sich mit der Frage befassen, wie Mitglieder, die ihre demokratischen Normen in Frage stellen, behandelt werden können.

Der Präsident Andrzej Duda, der das angefochtene Justizrecht der Regierungspartei unterzeichnet hat, erklärte, das Urteil des Obersten Gerichtshofs sei „grundlos“ und würde die Regierung nicht daran hindern, die Justiz neu zu gestalten.

„Nach polnischem Recht gibt es keine Grundlage für eine Entscheidung, mit der die verbindlichen Vorschriften ausgesetzt werden, so eine Erklärung auf der Website des Präsidenten, die den Europäischen Gerichtshof nicht erwähnt hat.„Die heutigen Maßnahmen stellen einen Versuch des Obersten Gerichtshofs dar, das für ihn maßgebende Recht zu umgehen.“

Ein vorderster Kampf gegen die polnische Justiz liegt in der Zeit zwischen der Regierung und dem Obersten Gerichtshof, wo die Obergerichte Malgorzata Gersdorf und fast 30 andere Scheitelpunkte nach einem Gesetz, das durch Gesetz & „Justiz“ verabschiedet wurde, durch den gesetzlichen Ruhestand verdrängt werden. Die zweite besteht zwischen Polen und der EU, die – möglicherweise unter Einbeziehung von Kürzungen der Entwicklungshilfe – in nie dagewesene Weise Sanktionen gegen das angeblich unterbliebene demokratische Handeln des Landes verhängt.

Politische Failure

Nach mehr als zwei Jahren des gescheiterten politischen Dialogs, der darauf abzielt, einen Kompromiss zu finden, kann die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs ein Wendepunkt in der Schlacht sein, was die richterliche Unabhängigkeit betrifft, so dass der Europäische Gerichtshof auf einer Seite des Arguments zurückkommen muss.

Der Oberste Gerichtshof ersuchte das EU-Gericht um die Beantwortung von fünf Fragen zu den Änderungen des Justizsystems & des Justizwesens, einschließlich der Frage, ob sie gegen Regeln verstoßen, die die nicht entfernbaren Richter betreffen, auf der Grundlage des Alters diskriminiert werden und ob sie die Exekutive vor Gericht zu stark anrufen können.

„Nach dem Gesetz sollte dieser Beschluss weitere Maßnahmen der Regierung verhindern, die die Ersetzung der Jussinnen durch den Obersten Gerichtshof betreffen, bis das oberste EU-Gericht das Urteil des Obersten Gerichtshofs gibt, der Sprecher des Obersten Gerichtshofs, Richter Michal Laskowski, berichtete Reportern in Warschau.

Die Entscheidung wurde als Antwort auf eine Rechtsfrage bei der Kammer des Gerichts, die sich mit Fragen der Arbeits- und Sozialfragen befasst, getroffen. Laskowski stellte fest, dass einer der Richter,

die das Urteil erlassen haben, mindestens 65 Richter war und einem Verfahren unterzogen wurde, das bestimmen wird, ob er sich an seinem Arbeitsplatz fortsetzen kann.

Gerichtliche Fairness

Der Zloty hat sich gegenüber dem Euro um 0,2 % weniger gehandelt, und der wichtigste Aktienindex von Warschau ging am Donnerstag um 1,4 % zurück, und zwar hauptsächlich durch externe Faktoren, wie die Sinkwährung der Türkei, und die Besorgnis über weitere US-Zinserhöhungen.

Vor einem Monat hat die Exekutive der EU einen ersten Schritt auf dem Weg zu einem möglichen Gerichtsverfahren gegen Polen, dem größten Nettoempfänger von Mitteln aus dem Haushalt der EU, über die Richter vor Gericht unternommen. Um der Entscheidung der Europäischen Kommission, den Europäischen Gerichtshof (EuGH) zur Verfügung zu stellen, vorweg zu greifen, wurde das Gesetz & Recht im letzten Monat erlassen, um die Ersetzung von Gersdorf durch das Gesetz zu erleichtern. Jetzt betrachtet sie ihr Amt im Ruhestand, auch wenn ihre sechsjährige Amtszeit im Jahr 2020 endet.

Die Regierung erklärt, dass tiefgreifende Veränderungen erforderlich sind, um das Gefühl der gerichtlichen Fairness gegenüber normalen Polen wiederherzustellen. Auf der anderen Seite erklären die EU und die prodemokratischen Uhrmacherinnen, dass die Reformen nicht nur die Regelwerke der EU durchbrechen, sondern auch zu einem Speich bei der Korruption führen können.